

## **I1 Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus**

Gremium: LAG Frauen- und Gleichstellungspolitik

Beschlussdatum: 25.06.2020

1 Die Corona-Krise lässt uns die Verhältnisse in unserem Land wie unter einem  
2 Brennglas sehen und vieles spricht dafür, dass Corona „weiblich“ ist. Wir  
3 sollten dieses Zeitfenster nutzen, damit ‚systemrelevant‘ kein Lippenbekenntnis  
4 bleibt.

5 Und genau mit diesen systemrelevanten Berufen, die wir auch in einer Phase  
6 absoluten Stillstands wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens benötigen,  
7 müssen wir beginnen. Es hat sich gezeigt, dass in diesen Berufen mehrheitlich  
8 Frauen tätig sind: Das betrifft den Lebensmitteleinzelhandel, die Krankenhäuser,  
9 Kindergärten oder Vorschulen. In einem durchschnittlichen deutschen Krankenhaus  
10 sind mehr als drei Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten  
11 weiblich. In der Krise haben diese Frauen weiterhin Arbeit und Einkommen,  
12 allerdings auch weniger Schutz vor Ansteckung als der Rest der Bevölkerung.

13 Nicht nur im Beruf, auch zuhause halten Frauen häufig den Haushalt zusammen. Oft  
14 fallen Eltern durch die Krisensituation in traditionelle Rollenmuster zurück.  
15 Frauen sind es dann, die sich um die Kinder kümmern, während die Schulen und  
16 Kitas und Horte geschlossen sind. Besonders betroffen sind dabei Ein-Eltern-  
17 Familien. Extreme Belastungen entstehen für diese zusätzlich durch befristete  
18 Arbeitsverträge. Sie sind besonders oft in ohnehin prekären  
19 Beschäftigungsverhältnissen und mit der Sorge der Unwägbarkeiten  
20 krankheitsbedingter Ausfälle unter extremem Druck.

21 Aber es gibt auch den entgegengesetzten Trend: Manche Familien berichten, dass  
22 die neue Klassifizierung eines traditionellen Frauenberufs (z.B. KassiererIn)  
23 auch Veränderungen in der Partnerschaft und im Familienleben gebracht hat.  
24 Partner\*innen fanden sich in ungewohnter Rolle und mussten das Familienleben  
25 zuhause einige Wochen „hauptamtlich“ gestalten.

### **Frauen nutzen Chancen, die in der Krisensituation stecken**

27 Wichtig ist, dass wir jetzt Weichen dafür stellen, dass Frauen gestärkt und  
28 nicht als Verliererinnen aus der COVID19-Krise hervorgehen. Das ist keineswegs

29 selbstverständlich, betrachtet man nur die Expert\*innen oder eher gesagt  
30 Experten der aktuellen Situation. Es dominieren Männer als Politiker und  
31 Wissenschaftler bei der Einordnung und Bearbeitung der Covid-19-Pandemie. Dabei  
32 gibt es genügend Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen. Wo sind darüber hinaus  
33 die Pflegerinnen, Krankenschwestern, pädagogischen Fachkräfte,  
34 Jugendamtsmitarbeiterinnen, Friseurinnen und Supermarktkassiererinnen in den  
35 Talkshows, die von ihren Herausforderungen und Erfahrungen berichten und ihre  
36 Forderungen für ein besseres Arbeiten formulieren? Wir wollen, dass am Ende mehr  
37 als ein Klatschen für Frauen herausspringt, wir fordern tatsächliche  
38 Verbesserungen ein:

- 39 • Frauenstreik – Nach der Überwindung der akuten Corona-Notsituation rufen  
40 wir zu einem landesweiten Streik nach dem Muster Spaniens auf.  
41 (Frauenstreik 2018 unter dem Motto „Wenn die Frauen streiken, steht die  
42 Welt still“.) Auch Frauen in Bayern gehen nach dieser Krise nicht kampflös  
43 in die alte Situation zurück.
- 44 • Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro – gerade Frauen arbeiten zu zwei  
45 Dritteln im Bereich der prekären Beschäftigung und im Niedriglohnssektor
- 46 • Eine klare Neuordnung der Gehälter nach dem Modell des „Comparable Worth  
47 Index“ u.a. entwickelt von Ute Klammer (Universität Duisburg).  
48 Traditionelle Frauenberufe bzw. Berufe in denen überwiegend Frauen  
49 arbeiten werden in unserem gesellschaftlichen System schlechter bezahlt  
50 als ähnlich fordernde Berufe mit hohem Männeranteil. Jobs sollen demnach  
51 gemäß Verantwortung und nicht nach Image bezahlt werden. Menschen und das  
52 Knowhow in den Köpfen sind wichtiger als Produkte. Das sollte das Motto des  
53 nächsten Equal Pay Days 2021 werden.
- 54 • Das Entgelttransparenzgesetz und die Begrenzung auf Unternehmen ab einer  
55 gewissen Größe hat sich als nicht zielführend herausgestellt. Dieses muss  
56 daher auch auf kleinere Unternehmen erweitert werden. Wir fordern in  
57 diesem Zusammenhang daher auch die proaktive Veröffentlichung von  
58 Durchschnittsgehältern eines Unternehmens.
- 59 • Die systemrelevanten Bereiche müssen stärker in die Tarifbindung genommen  
60 werden. Wir werben bei Arbeitnehmer\*innen für eine stärkere  
61 gewerkschaftliche Organisation, denn nur so wird die Aufwertung von Jobs  
62 gelingen. Mit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) kann das  
63 Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Tarifvertrag für alle  
64 nicht tarifgebundenen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen einer  
65 Branche für allgemeinverbindlich erklären. Wir unterstützen die Forderung  
66 des DGB, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärung im Tarifausschuss nur  
67 mit Mehrheit abgelehnt werden kann, statt dass wie bisher mehrheitlich  
68 zugestimmt werden muss.

- 69 • In der Pflegebranche geht es sowohl um das Gehalt als auch die  
70 Arbeitsbedingungen, ein einmaliger Corona-Bonus reicht nicht, sondern die  
71 krisenbedingte Aufwertung muss langfristig beibehalten werden. Wir  
72 brauchen daher einen Personalschlüssel und Dienstpläne, die der einzelnen  
73 Pflegekraft auch feste freie Tage und Planbarkeit ermöglichen. Darüber  
74 hinaus ist es auch hier an der Zeit, nicht nur einen einmaligen Corona-  
75 Bonus auszuzahlen, sondern die Gehälter aufzuwerten.
  
- 76 • Auch die in privaten Haushalten beschäftigten Pflegekräfte sind  
77 systemrelevant. Es kann nicht sein, dass Spargelstecher\*innen für die  
78 Landwirtschaft eingeflogen werden, aber Familien und insbesondere Frauen,  
79 deren Pflegekräfte nicht einreisen dürfen, alleingelassen werden.
  
- 80 • In den Bereichen von Familien- und Jugend- sowie Eingliederungshilfe,  
81 Assistenzleistungen und existenzsichernden Diensten werden in erheblichem  
82 Maß individuelles Leid und enorme Folgekosten für die Gesellschaft  
83 abgewendet: Die Refinanzierung dieser Hilfen muss krisensicher gestaltet  
84 werden: Eine Kürzung dieser Leistungen lehnen wir ab.
  
- 85 • Die Chancen des Home-Office sollten wir für die Zukunft nutzen: Viele  
86 Arbeitgeber\*innen haben nun die Erfahrung gemacht, dass es geht und sie  
87 ihren Mitarbeiter\*innen vertrauen können. Wir unterstützen daher ein Recht  
88 auf Home-Office. Zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit darf dies aber nicht  
89 führen. Home-Office kann auch Kinderbetreuung nicht ersetzen oder parallel  
90 neben Familienaufgaben erledigt werden. Hierbei muss auch die Ausstattung  
91 der Arbeitsplätze so gestaltet sein, dass auch und gerade in Krisenzeiten  
92 die Arbeitserbringung sichergestellt ist.
  
- 93 • Wir wollen eine gesellschaftliche Debatte darüber, welche Maßnahmen  
94 geeignet sind, um das Verständnis für soziale und systemrelevante Berufe  
95 zu erhöhen. Es muss z.B. evaluiert werden, wie sich die Gesellschaft nach  
96 dem Ende des Zivildienstes und mit dem Bundesfreiwilligendienst entwickelt  
97 hat. Wie viele Menschen nehmen den Bundesfreiwilligendienst wahr? Je nach  
98 Ergebnis kann ein Solidardienst (z.B. sechs Monate) für junge Menschen  
99 diskutiert werden. Dabei ist für uns klar, dass der  
100 Bundesfreiwilligendienst nicht als Ersatz für qualifizierte  
101 Arbeitnehmer\*innen im Care-Bereich gesehen werden darf.
  
- 102 • Auch für Politiker\*innen wird eine jährliche Praxiswoche in der Pflege,  
103 dem Krankenhaus, dem Handwerk oder der Landwirtschaft oder anderen  
104 systemrelevanten Bereichen empfohlen. Der Bayerische Landesverband der  
105 Grünen ruft seine Mandatsträger\*innen aus Bund und Land zur konzertierten  
106 Praxiswoche auf.

### **Unterstützer\*innen**

Barbara Poneleit (KV Forchheim), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Maria Regina Feckl (KV Erding), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Volker Poneleit (KV Forchheim), Norbert Waibel (KV München), Doris Wagner (KV München), Alexander Merkouris (KV Ingolstadt), Susanna Scherer (KV Aschaffenburg-Land), Heike Dietrich (KV Weilheim-Schongau), Barbara Fuchs (KV Fürth-Stadt), Katharina Wittig (KV München), Uschi Sorg (KV Weilheim-Schongau), Lisa Badum (KV Forchheim), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Judith Bogner (KV Mühldorf), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Doris Kienle (KV Unterallgäu), Catherine Lodge (KV München), Ami Lanzinger (KV Erding), Victoria Broßart (KV Rosenheim), Sophia Aigner (KV Mühldorf), Oliver Haas (KV München), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Marion Lüttig (KV München)

## **I2 Was jetzt zu tun ist - Von der Corona-Krise in die sozial-ökologische Zukunft Bayerns**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 07.07.2020

1 Die Corona-Pandemie führt uns die Störanfälligkeit unserer globalisierten  
2 Gesellschaft vor Augen. Die Systeme zur Sicherung unseres Wohlergehens und  
3 unserer Gesundheit sind brüchig und unser nationales Handeln ist angesichts  
4 internationaler Krisen begrenzt. Der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen  
5 durch deren Übernutzung, Verschmutzung und die Verkleinerung natürlicher  
6 Lebensräume schreitet dramatisch fort. Soziale Ungleichheit und ein  
7 Bildungssystem, das diese noch verschärft, treten in der Krise noch deutlicher  
8 hervor, ebenso wie eine schwache soziale Infrastruktur und ungleiche  
9 demokratische Teilhabechancen, in deren Folge in einer zunehmend polarisierten  
10 Gesellschaft der Populismus wächst. Wie durch ein Brennglas zeigt uns die  
11 Corona-Pandemie die Schwachstellen derzeitiger Politik.

12 Corona fokussiert nicht nur den Blick, die Krise kann auch als „Game-Changer“  
13 wirken: Phasen mit Krisenschocks wie diesem können dazu beitragen,  
14 Reformwiderstände zu überwinden und Pfadwechsel einzuleiten. Dieses Umdenken ist  
15 eine Frage des politischen Willens und von Tatkraft – deshalb stehen wir in den  
16 kommenden Monaten vor der Wahl: Schreiben wir diese alte Politik, die alte  
17 Brüchigkeit, die alte Überbeanspruchung der Ressourcen, die alten Ungleichheiten  
18 fort? Oder lernen wir aus der Krise und treiben wir jetzt beherzt die nötigen  
19 Veränderungen für eine nachhaltigere und gerechtere Gesellschaft voran?

20 Die Bayerischen GRÜNEN wollen mit ganzer Kraft die Zukunft Bayerns nachhaltig  
21 und gerecht gestalten. Als Taktgeber\*innen der bayerischen Landespolitik wissen  
22 wir: Der Schutz unserer Lebensgrundlagen, die ökologische Umgestaltung der  
23 Wirtschaft und ein gutes soziales Miteinander können gelingen. wenn wir alles  
24 zusammendenken und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns den Wandel  
25 anpacken.

### **Bausteine für eine gute Zukunft Bayerns**

#### **Ja zu einem starken Sozialstaat**

28 Die Herausforderung kommt von zwei Seiten. Zum einen vertieft die Corona-Krise

29 bestehende Ungleichheiten, schafft neue und stellt den gesellschaftlichen  
30 Zusammenhalt auf die Probe. Zum anderen muss sichergestellt sein, dass niemand  
31 beim Umbau unserer Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit abgehängt wird, dass sich  
32 alle angstfrei am Wandel beteiligen können. Wer Corona bekämpfen, Zusammenhalt  
33 und Solidarität für alle Menschen ermöglichen und die ökologische Umgestaltung  
34 unserer Wirtschaft voranbringen will, muss soziale Ungleichheit verringern.

35 In einer Zeit großer und wachsender Unsicherheiten brauchen wir einen starken  
36 vorsorgenden Sozialstaat, der die gerechte Verteilung von gesellschaftlichen  
37 Gütern garantiert. Die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte, von  
38 Menschen, die aufgrund ihrer Religion, sexuellen Orientierung oder Hautfarbe  
39 diskriminiert werden, von Menschen mit Behinderung und von all jenen, die von  
40 Armut bedroht sind, verdienen unsere besondere Beachtung. Gerade finanziell  
41 benachteiligte Familien brauchen deutlich mehr Unterstützung durch  
42 Schulsozialarbeit, Nachbeschulung und digitale Ausstattung für den Unterricht  
43 zuhause. Beengte Gemeinschaftsunterkünfte, sei es für Obdachlose, Geflüchtete  
44 oder prekär beschäftigte Saisonarbeiter\*innen, waren schon vor Corona  
45 menschenunwürdig und sind es nicht erst durch das Ansteckungsrisiko mit dem  
46 Corona-Virus geworden. Wir müssen hin zu menschenwürdigem Leben und Wohnen in  
47 einzelnen, dezentralen Einheiten. Wie sehr wir alle von Erzieher\*innen,  
48 Verkäufer\*innen und speziell von Menschen in den Gesundheitsberufen abhängen,  
49 wurde in der Krise deutlich. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
50 Arbeitsbedingungen in diesen systemrelevanten Berufen endlich verbessert werden  
51 und sie auch tatsächlich langfristig besser bezahlt werden, z.B. durch die  
52 Verstetigung des Pflegebonus für die nächsten zehn Jahre. Wir wollen Existenzen  
53 von Soloselbständigen und Kleinunternehmer\*innen in der Krise sichern.  
54 Unternehmenshilfen müssen auch gesellschaftliches Steuerungselement in Richtung  
55 gute Arbeit, Ausbildung, Gleichstellung, Barrierefreiheit und Beteiligungsrechte  
56 sein.

57 Frauen trifft die Krise besonders hart: Der Großteil der Arbeit in den  
58 systemrelevanten Branchen wird von Frauen geleistet. Meist sind es Frauen, die  
59 aufgrund von Teilzeitarbeit oder Minijobs schlecht abgesichert sind und es sind  
60 vorwiegend die Frauen, die mit der eingeschränkten Öffnung von Schulen und Kitas  
61 ihre Jobs zurückfahren und zu Hause die Care-Arbeit, Pflege, Haushalt und  
62 Erziehung übernehmen. Mit den Bayerischen GRÜNEN wird es kein Rollback zu längst  
63 überwunden geglaubten Rollenbilder geben, sondern einen geschlechtergerechten  
64 Aufbruch. Bayern braucht mehr Frauen auf allen Entscheidungsebenen, insbesondere  
65 im Krisenmanagement. Wir setzen uns ein für mehr Maßnahmen, die Frauen stärken -  
66 von einer Quotierung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt über den Ausbau  
67 von Betreuungsinfrastruktur bis hin zu Programmen, die im Bildungsbereich  
68 ansetzen.

69 Globale Krisen und Naturkatastrophen sind in einer globalisierten Welt(-  
70 wirtschaft) nicht der Ausnahmezustand, sondern die Regel. Spätestens durch die  
71 Corona-Pandemie wird klar, dass Vorsorge und Krisenfestigkeit einen viel höheren

72 Stellenwert bekommen müssen. Deshalb müssen wir die Widerstandskraft unserer  
73 Systeme verbessern. Das gilt zum einen für die Gesundheitsversorgung, die in  
74 Stadt und Land gleichermaßen funktionieren muss und wo in nationale Notfall-  
75 Kapazitäten von entscheidenden Schutzgütern investiert werden muss. Wir brauchen  
76 einen Paradigmenwechsel hin zu einem Gesundheitssystem, das die Gesundheit jedes  
77 einzelnen Menschen zur Maßgabe hat. In allen Fragen des Schutzes vor Infektion,  
78 der Gesundheitsvorsorge und -versorgung, legen wir eine besondere Beachtung auf  
79 die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Zum Zweiten brauchen die bayerischen  
80 Kommunen einen umfassenden Rettungsschirm, um ihre Aufgaben der öffentlichen  
81 Daseinsvorsorge uneingeschränkt erfüllen zu können und Vorsorge durch eine  
82 funktionierende Infrastruktur zu leisten. Zum Dritten müssen Vorsorge und  
83 Krisenfestigkeit auch leitende Prinzipien der Wirtschaftspolitik werden. Deshalb  
84 wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Und deshalb muss die  
85 Forschung und Produktion systemrelevanter Güter wie von Medikamenten und  
86 Gesundheitstechnik verstärkt in Bayern, Deutschland und Europa stattfinden. Die  
87 europäische Solidarität als unser politischer, gesellschaftlicher und  
88 wirtschaftlicher Stabilitätsanker hat in der Corona-Krise unter Egoismen  
89 gelitten. Es ist auch Aufgabe Bayerns, den Weg aus der Krise mit einem neuen  
90 pro-europäischen Aufbruch zu verbinden.

91 Bildung und Qualifizierung sind zentrale Ansatzpunkte, um gesellschaftliche  
92 Teilhabe zu ermöglichen und die Grundlagen für einen nachhaltigen Weg unserer  
93 Gesellschaft in die Zukunft. Doch die Corona-Krise hinterlässt in der  
94 Bildungsbiografie unserer Kinder einen Bruch. Gerade für Kinder aus finanziell  
95 benachteiligten Familien haben sich bestehende Bildungsnachteile durch  
96 Homeschooling massiv verstärkt. Was immer gilt, muss deshalb in der Krise  
97 besonders gelten: In unserem Bildungssystem steht das Kind und seine  
98 individuelle Förderung im Mittelpunkt. Bildungsgerechtigkeit bedeutet ungleiche  
99 Ausgangsbedingungen aktiv zu kompensieren, damit die soziale oder ethnische  
100 Herkunft nicht länger über Bildungs- und Lebenschancen entscheidet. Bayern steht  
101 in der Verantwortung, staatliche pädagogische und Betreuungsangebote zu  
102 schaffen, um Versäumtes aufholen, mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen und  
103 Familien in der Krise zu entlasten, auch durch einen verstärkten Einsatz von  
104 Schulsozialarbeit. Alle Kinder müssen einen Zugang zu digitalen Endgeräten und  
105 öffentlichen Lernorten erhalten. Unsere Schulen brauchen für das digitale Lernen  
106 multiprofessionelle Teams und mehr personelle Unterstützung, z.B. mit einer  
107 zweiten Lehrkraft an Grundschulen. Und es geht darum, unser Bildungssystem so  
108 auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt, nachhaltig und aufgeklärt handeln  
109 können. Dazu brauchen sie mehr Handlungswissen, mehr Demokratie- und  
110 Medienkompetenz. Die Zukunft unseres Bildungssystems liegt in einem  
111 Paradigmenwechsel: Weniger Fokussierung auf reproduzierbares, prüfbares  
112 Fachwissen und mehr Unterstützung von Persönlichkeitsentwicklung,  
113 Problemlösungskompetenz und Befähigung zu sozialem Handeln.

114 **Ja zu nachhaltiger Wirtschaft**

115 Klimaüberhitzung, Artensterben und Corona-Pandemie sind Ausdruck einer  
116 abnehmenden Widerstandskraft unseres ökologischen und wirtschaftlichen Systems.  
117 Deshalb war es zwar richtig, dass darauf angewiesene Unternehmen in der ersten  
118 Phase der Krise und Rezession schnell und unbürokratisch Hilfe bekamen. Jetzt  
119 aber muss die Wirtschaft in eine zukunftsfeste nachhaltige Richtung gelenkt  
120 werden, klimafreundlich, ressourcensparend und widerstandsfähig sowie sozial  
121 gerecht.

122 Die Chancen für einen Green New Deal für Bayern sind enorm: Erstens gibt es nach  
123 Corona bei immer mehr Menschen eine höhere Sensibilität für ökologische Fragen  
124 oder Suffizienz. Zweitens wächst die Bereitschaft auf wissenschaftliche  
125 Erkenntnisse zu hören. Drittens treffen Milliarden Euro zur Krisenbekämpfung auf  
126 die Notwendigkeit zum Strukturwandel. Und viertens liegen in einer  
127 klimaneutralen Energieversorgung, der Modernisierung von Gebäuden und Verkehr  
128 und einer umweltfreundlichen Erholung der Volkswirtschaft enorme wirtschaftliche  
129 Chancen für die Zukunft Bayerns als Industrie- und Wirtschaftsstandort.  
130 Nachhaltiges Wirtschaften muss raus aus der Nischenexistenz und zum Standard  
131 werden, damit der Standort Bayern zukunftsfähig wird.

132 Wir wollen die Spur legen für nachhaltiges Wirtschaften und die nächsten zehn  
133 Jahre zum Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen machen. Dabei werden das 1,5 Grad-  
134 Ziel und die Biodiversitätsziele Richtschnur unseres Handelns bleiben. Gerade  
135 weil Maßnahmen gegen Artensterben oder Klimaerhitzung langsam wirken, müssen wir  
136 jetzt auf allen politischen Ebenen mit dem Umsteuern beginnen. Deshalb muss  
137 jetzt das Konjunkturprogramm des Bundes mit konkreten klima- und  
138 umweltfreundlichen Maßnahmen für die Wirtschaft in Bayern ergänzt werden.

139 Überall dort, wo Bayern selbst investiert oder öffentliche Gelder vergibt, muss  
140 die Vergabe an klare soziale und ökologische Kriterien gekoppelt sein. So müssen  
141 die Investitionen zur Bewältigung der Corona-Pandemie in die Umgestaltung der  
142 Ökonomie zu Klimaneutralität und zur Schonung der natürlichen Ressourcen gelenkt  
143 werden. Das gilt für die Verringerung des exorbitanten Flächenfraßes in Bayern  
144 durch verbindliche Vorgaben, wie auch für die Stärkung des öffentlichen  
145 Nahverkehrs, des Fahrradverkehrs und des Gütertransports auf der Schiene. Bayern  
146 muss die Gebäudesanierung mit einem Bayerischen Wärmewendegesetz ebenso  
147 anschieben wie die Dekarbonisierung der Industrie, auch unter Nutzung der  
148 Chancen einer zunehmenden Digitalisierung - politisch gestaltet und mit  
149 Datensouveränität und zeitgemäßem Arbeitsrecht in Einklang gebracht. Dazu muss  
150 sich Bayern beim Zugang zum schnellen und sicheren Breitband-Internet sowie für  
151 eine flächendeckende, schnelle Mobilfunk-Versorgung deutlich stärker engagieren.  
152 Schnelles Internet in jedes Haus ist Teil der wirtschaftlichen und  
153 gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Wir streiten für eine klima-, umwelt- und  
154 tierschutzgerechte Land- und Forstwirtschaft und werden den massiven Ausbau der  
155 erneuerbaren Energien in Bayern vorantreiben. Der Ausbau der Windenergie darf  
156 nicht länger ausgebremst werden. Die bayerischen Unternehmer\*innen und  
157 Arbeitsnehmersvertreter\*innen warten auf klare Signale der Politik, auf

158 verlässliches staatliches Handeln, auf ökologische Leitplanken und  
159 zielgerichtete Fördermaßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Für Planungs-  
160 und Investitionssicherheit ist ein verlässlicher politischer Ordnungsrahmen  
161 nötig. Den wollen wir schaffen.

### 162 **Ja zu demokratischer Teilhabe**

163 In der Corona-Krise wird tief in viele Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen.  
164 Unsere Grundrechte dürfen auch in Krisenzeiten nicht ausgehöhlt werden. Als  
165 Bürgerrechtspartei werden wir nicht nachlassen, diese jeden Tag aufs Neue zu  
166 verteidigen. Deshalb hinterfragen wir alle Einschränkungen ständig auf ihre  
167 Verhältnismäßigkeit und fordern eine Corona-Kommission zur Begleitung und  
168 Aufarbeitung der Krisenmaßnahmen der bayerischen Staatsregierung. Und wir sind  
169 ganz klar: Der Bayerische Landtag und nicht Söders Kabinett ist der  
170 verfassungsmäßige Ort der politischen Debatten und Entscheidungen.

171 Teilhabe durch Transparenz und Dialog bedeutet, auch auf mögliche Bedenken und  
172 Kritik einzugehen. Unsere weltoffene Demokratie muss unterschiedliche Meinungen  
173 aushalten. Wo aber versucht wird, mit rechtsextremen, demokratie- oder  
174 wissenschaftsfeindlichen Mythen oder Ideologien gesellschaftliche Verunsicherung  
175 zu schüren, ziehen wir eine klare Grenze gegen alle Feind\*innen der Demokratie.  
176 Wir nehmen das Bekenntnis zu Vielfalt und Weltoffenheit unseres Landes ernst und  
177 verteidigen unsere Demokratie. Bayern braucht einen umfassenden  
178 Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene  
179 Menschenfeindlichkeit, wie er in anderen Bundesländern bereits verwirklicht  
180 wurde. Bayern muss sich umgehend auf den Weg machen, ein umfassendes  
181 Antidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Dem verbalen Bekenntnis der anderen  
182 demokratischen Parteien gegen Rassismus müssen jetzt endlich konkrete Schritte  
183 folgen. Dazu gehört auch, dass der Begriff der Rasse aus der Bayerischen  
184 Verfassung verschwinden muss. Es gibt nur Menschen, keine Rassen.

185 Die Corona-Pandemie zeigt deutlich auf, dass wir alle im selben Boot sitzen. Und  
186 wir wissen: Um Gesundheit und Überleben der Menschheit zu sichern, gilt das  
187 Primat der Politik. Voraussetzung für die jetzt notwendige sozial-ökologische  
188 Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist, dass alle  
189 gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure dafür Verantwortung übernehmen.  
190 Deshalb sollen auch alle gleichermaßen partizipativ über den Kurs für ihre  
191 Zukunft mitbestimmen können. Das ist bis heute nicht der Fall. Besonders Frauen,  
192 junge Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung und  
193 solche, die von Armut bedroht sind, werden in unserer Gesellschaft benachteiligt  
194 oder sind von gleicher demokratischer Teilhabe ausgeschlossen. Wir brauchen  
195 deshalb einen neuen Gesellschaftsvertrag, der die Demokratisierung aller  
196 Lebensbereiche vorantreibt. Wir wollen das Wahlalter für alle Wahlen auf 16  
197 absenken, die Wahlberechtigung auch von Nicht-EU-Bürger\*innen bei  
198 Kommunalwahlen, Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. durch Bürger\*innenräte) ausbauen  
199

200 und wir gehen auch als Partei voran, damit sich unsere bunte Gesellschaft in  
unseren Parlamenten abbildet.

201 Demokratie lebt von transparent aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern.  
202 Regierungen und Parteien müssen besser darlegen, wie sie handeln und auf welcher  
203 Basis sie Entscheidungen treffen. Das zeigt sich exemplarisch bei der  
204 gesellschaftlichen Akzeptanz der pandemiebedingten Einschränkungen. Sie können  
205 nicht alleine mit Zwang durchgesetzt werden, sondern müssen auch auf der  
206 Zustimmung der Menschen basieren. Während der Corona-Pandemie werden  
207 Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung zum Gegenstand öffentlichen  
208 Interesses und zur Voraussetzung politischer Entscheidungen. Das soll auch für  
209 Klima und Artenschwund gelten. Wir verteidigen den aufgeklärten Diskurs über  
210 naturwissenschaftliche Erkenntnisse als eine Voraussetzung für die Legitimation  
211 politischen Handelns. Wir fordern eine landesweite Strategie zur Stärkung der  
212 Wissenschaftskommunikation auch in eine breite Öffentlichkeit hinein und sind  
213 solidarisch mit Wissenschaftler\*innen, die angegriffen werden. Zudem brauchen  
214 wir gerade jetzt eine finanzielle Unterstützung der Verlage,  
215 Medienanbieter\*innen und freien Journalist\*innen zur Absicherung der  
216 Medienvielfalt und eine massive Aufstockung der finanziellen Mittel zur  
217 Förderung der politischen Bildung.

### 218 **Auf in eine gute Zukunft**

219 Mit der Corona-Pandemie endet eine Epoche des allzu sorglosen Umgangs mit  
220 unseren Lebensgrundlagen und den sozialen Widersprüchen. Es muss jetzt neu  
221 verhandelt werden, was den Wohlstand der Menschen morgen und übermorgen sichert.  
222 Und es gilt jetzt, die dafür notwendigen politischen Schritte schnell und  
223 kraftvoll einzuleiten. Aber nicht mit den Rezepten von gestern, sondern mit den  
224 Erkenntnissen, was jetzt zu tun ist. Wir haben es in der Hand.

### **Unterstützer\*innen**

Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Barbara Poneleit (KV Forchheim)